

Rede von Wilhelm Helg, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen zu TOP 4, Haushaltsplanberatungen 2010, in der Ratssitzung am 21. April 2010

Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Oberbürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren,

der Rat der Stadt Aachen beschließt heute über die Haushaltssatzung 2010 unter Einbeziehung der Veränderungsnachweisung zum Haushaltsplanentwurf 2010. Der am 16. Dezember vergangenen Jahres von der Stadtkämmerin, Frau Grehling, im Rat eingebrachte Entwurf 2010 wurde in den letzten Wochen und Monaten in den Bezirksvertretungen und Fachausschüssen beraten und ist jetzt beschlussfähig. Die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen kann der Satzung jedoch heute leider nicht zustimmen.

Der diesjährige Haushaltsplan stellt nunmehr nach der Umstellung auf NKF zum dritten Male eine kaufmännisch doppelte Buchführung mit einer Gewinn- und Verlustrechnung dar. Aller guten Dinge sind drei, könnte man jetzt meinen, aber so leicht dürfen wir es uns dann doch nicht machen. Der neuen schwarz-grünen Mehrheit gestehen wir durchaus etwas Zeit zu, ihre Darstellungen zu verwirklichen und Schwerpunkte zu setzen. Im Vergleich zu den Vorjahren gibt es jedoch kaum etwas Neues, was ins Auge fällt.

Was wir Liberale jedoch bemängeln ist, dass das Thema Jugend und Bildung nicht uneingeschränkte erste Priorität erhalten hat. Es kann nicht angehen, dass schwarz-grün die Anzahl der zusätzlichen U-3-Betreuungsplätze von ursprünglich 150 auf 100 Plätze kürzt und beispielsweise die Grünen im Landtagswahlkampf den Slogan plakatieren: „Nicht kürzen bei den Kurzen“ – sieht so etwa glaubhafte Jugendpolitik aus?

Ende 2010 werden in NRW über 100.000 Betreuungsplätze für unter Dreijährige zur Verfügung stehen. Gegenüber der von Rot-Grün bis 2005 hinterlassenen Ausgangslage - dem mit 11800 Plätzen bundesweit schlechtesten Angebot – haben CDU und FDP das Platzangebot in nur einer Legislaturperiode mehr als verachtfacht. Dieses Vorhaben wollen wir auch in den nächsten Jahren weiter planvoll vorantreiben. Bis 2013 werden gemäß dem Ausbauprogramm der Koalitionsparteien in Düsseldorf den Eltern in NRW rund 144.000 U-3-Plätze zur Verfügung stehen. Damit wird die Vereinbarkeit von Familie und Beruf entscheidend verbessert.

Auf Initiative der FDP hat die Regierungskoalition darüber hinaus beschlossen, dass die Familien in NRW bereits zum Kindergartenjahr 2010/2011 für alle Kinder ab dem vollendeten zweiten Lebensjahr einen Betreuungsplatz erhalten. Unmittelbar nach der Landtagswahl am 9. Mai soll dann eine „Platzgarantie ab zwei“ gesetzlich verankert werden.

Die FDP will gleiche Chancen für alle Kinder. Hierbei gilt: gute Sprachbeherrschung ist der Schlüssel zum Bildungserfolg. Aus diesem Grund setzen wir auf frühzeitige Sprachförderung. Wir haben als erstes Bundesland eine systemgerechte Sprachstandsfeststellung mit Verbindlichkeit durch die Koppelung an die Schulpflicht und Sprachförderung im vierten Lebensjahr eingeführt. Mit Regierungsbeteiligung der FDP stellt das Land NRW mit 29,9 Mio. Euro viermal so viel Geld für die frühkindliche Sprachförderung zur Verfügung als Rot-Grün im Jahr 2005, so dass im Kindergartenjahr 2010/2011 bereits 77.000 Kinder an solchen Maßnahmen teilnehmen und davon auf ihrem weiteren Bildungsweg profitieren.

Hiervon lässt sich die Mehrheit in Aachen jedoch nicht beeinflussen und streicht 50 zusätzliche und dringend notwendige U-3 Betreuungsplätze in Aachen. Alleine aus diesem Grunde können wir Liberale der Haushaltssatzung 2010 nicht zustimmen.

Viel wichtiger als diese Haushaltssatzung 2010 ist jedoch die Haushaltslage im Allgemeinen. Bereits im letzten Jahr haben wir ausgeführt, dass der städtische Haushalt strukturell in eine alarmierend bedrohliche Schieflage geraten ist. Dies gilt

ein Jahr später mehr denn je. Schaut man noch einmal die Eckdaten des Haushalts 2010 an, ist zunächst auf die Ergebnisplanung abzustellen. Der Ergebnisplan beinhaltet die Entwicklung der Summen der Erträge und Aufwendungen für das Planjahr 2010 sowie die Finanzplanjahre 2011 bis 2013. 2009 betragen die Erträge ca. 690 Mio. Euro, die Aufwendungen ca. 716 Mio. Euro, der Fehlbedarf also 38 Mio. Euro. 2010 sind die Erträge auf 667 Mio. Euro gesunken, die Aufwendungen auf 727 Mio. Euro gestiegen. Das Defizit für 2010 beträgt also satte 60 Mio. Euro.

Nach § 75 GO NRW bildet der Ergebnisplan die Grundlage für die Prüfung, ob der Haushalt einer Gemeinde ausgeglichen ist. Der Haushalt ist also dann ausgeglichen, wenn die Gesamterträge die Gesamtaufwendungen erreichen oder übersteigen. Diese Bedingung ist in Aachen nicht erfüllt, was anhand der Minusbeträge im Fehlbedarf, wie soeben erläutert, abgelesen werden kann.

Der Haushalt einer Gemeinde gilt jedoch als ausgeglichen, wenn der Fehlbedarf im Planjahr, also momentan im Haushaltsjahr 2010, durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden kann. Die Ausgleichsrücklage, die zum Stichtag der Einführung des NKF am 1.1.2009 128 Mio. Euro betrug, hatte zu Beginn des Jahres einen Bestand von etwa 73,8 Mio. Euro. Stellt man diesen Betrag dem Fehlbedarf in Höhe von 60 Mio. Euro gegenüber, verbleibt am Ende des Haushaltsjahres noch ein Rest in Höhe von 13,8 Mio. Euro in der Ausgleichsrücklage zur Verwendung ab 2011.

Unabhängig für diese Berechnung für das Haushaltsjahr 2010 sind allerdings die Finanzplanjahre 2011 bis 2013 einer gesonderten Betrachtung unter Berücksichtigung des § 76 GO NRW zu unterziehen. Danach entsteht die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes, wenn die dort genannten Schwellenwerte überschritten werden. Nach § 76 Abs. 1 Nr. 2 GO NRW ist ein HSK aufzustellen, wenn in zwei aufeinander folgenden Haushaltsjahren geplant ist, den in der Schlussbilanz des Vorjahre aufzuweisenden Ansatz der Allgemeinen Rücklage jeweils um mehr als ein Zwanzigstel, also 5 % zu verringern.

Die Kämmerin hat den Fehlbedarf für 2011 mit 57,5 Mio. Euro beziffert, so dass die Ausgleichsrücklage, wie gesagt Restbestand zum 31.12.2010 13,8 Mio. Euro, im nächsten Jahr aufgebraucht wird. Die Allgemeine Rücklage verringert sich von 962,2 Mio. Euro in 2010 auf 918,5 Mio. Euro in 2011, so dass der Anteil in Prozent der Allgemeinen Rücklage 4,54 % beträgt, also weniger als ein Zwanzigstel oder 5 %.

Für die Folgejahre 2012 und 2013 berechnet die Kämmerei den Fehlbedarf mit 52,5 Mio. Euro und 38,2 Mio. Euro, so dass die Allgemeine Rücklage auf 866 Mio. Euro in 2012 und 827,8 Mio. Euro in 2013 abgesenkt wird. Der Prozentsatz der Allgemeinen Rücklage im Vergleich zum Vorjahr beträgt damit 5,72 % in 2012 und 4,41 % in 2013.

Damit tritt die Pflicht ein HSK aufzulegen nicht ein, da der Schwellenwert von 5 % nicht in zwei aufeinanderfolgenden Jahren überschritten wird. Da der Schwellenwert in den Haushaltsjahren 2011 und 2013 jedoch nur leicht unterschritten wird, ruft jede bloße Ausweitung des rein konsumptiven Bedarfs eine Änderung dieser Situation hervor und zieht die Verpflichtung ein Haushaltssicherungskonzept aufzulegen nach sich, mit der Folge, dass die Bezirksregierung Köln als Kommunalaufsicht maßgeblichen Einfluss auf alle Entscheidungen mit haushaltsrechtlichen Folgen wahrnimmt.

Wir alle müssen uns also darüber im Klaren sein, dass der Gürtel wieder enger geschnallt werden muss. Die Kämmerin hat bereits mehrfach – zuletzt letzte Woche im Finanzausschuss – darauf hingewiesen, dass die Möglichkeiten ein genehmigungspflichtiges Haushaltssicherungskonzept aufzustellen, angesichts der gegebenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sehr begrenzt sind und dadurch spürbare Leistungseinschnitte nicht zu vermeiden wären.

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat den Aachener Haushalt durch zurückgehende Einnahmen und steigende Ausgaben erfasst. Der Anstieg des Defizits hat in erster Linie mit der Aufwandsseite zu tun, da die Erträge von 2008 bis 2010 nur um 23.1 Mio. Euro zurückgegangen sind. Bei näherer Betrachtung ist hier in erster Linie der Transferaufwand mit einem Plus von 15,3 Mio. in 2008 verantwortlich, des Weiteren

der um 17,9 Mio. Euro gestiegene Sachaufwand, der natürlich durch das Konjunkturprogramm einen erheblichen Schub erhalten hat. Beim Personalaufwand unterschreitet der Budgetansatz sogar das Vorjahresniveau.

Im unternehmerischen Alltag in der Wirtschaft würden absehbare Umsatzeinbrüche ein sofortiges Gegensteuern hervorrufen. Im Bereich der öffentlichen Haushalte ist dies nur möglich, wo keine gesetzlichen Verpflichtungen bestehen. Ansonsten sind die Ausgaben festgeschrieben ohne Rücksicht auf die Finanzierbarkeit. Fast alle der 396 Städte und Gemeinden des Landes befinden sich in derselben Situation wie wir in Aachen: rückläufigen Einnahmen stehen mannigfache Mehranforderungen gegenüber, angefangen im Sozialbereich, über die bereits zitierte vorschulische und schulische nach Möglichkeit immer kostenfreie Versorgung über höhere Energiekosten bis hin zu Tarif- und Lohnsteigerungen.

Wir können diesem Trend weitere Sparprogramme entgegensetzen, wobei wir nicht verhehlen können, dass wir die Sparpotenziale im Wesentlichen bereits mit den Konsolidierungsprogrammen 2002/2003 und 2006 gehoben haben. Dabei geht es gar nicht nur um die freiwilligen Leistungen, etwa die Zuschüsse für das Stadttheater, die Volkshochschule oder ähnliche Einrichtungen in einem Volumen um circa 20 Mio. Euro, sondern auch um die Überprüfung von Leistungsstandards.

Was die Einnahmenseite betrifft- die Erträge aus Steuern belaufen sich im Übrigen auf circa 43 % der ordentlichen Erträge im Haushalt - hat uns nach drei überaus erfolgreichen Jahren 2006 bis 2008, die die öffentlichen Kassen, auch die der Kommunen, gespürt haben, in Einklang zur schlimmsten Wirtschafts- und Finanzkrise tatsächlich ein massiver Einbruch in die Krise geführt. Alle Haushalte sind perdu, könnte man sagen, sowohl der Bundeshaushalt mit 86 Mrd. Euro Neuverschuldung als auch der Landeshaushalt mit der zweithöchsten Verschuldung in Höhe von 6,6 Mrd. Euro.

Gerade die weggebrochenen Gewerbesteuererinnahmen haben natürlich ein großes Loch geschlagen. Wenn SPD und Grüne nun anführen, Bund und Land hätten einen Raubzug durch die Kassen der Kommunen gemacht, so entspricht dies eindeutig nicht der Wahrheit. In den Jahren 2006 bis 2010 sind allein bei den Kommunen in

NRW 10 Mrd. Euro mehr als in der Zeit von 2001 bis 2005 angekommen. Die Landeszuweisungen sind ja GFG-Mittel plus Zuweisungen aus den Ressorts. Das Problem sind – ich habe es gerade schon gesagt – die wegbrechenden Gewerbesteuern. Wenn dann aber die Linken im Finanzausschuss auch noch den Antrag stellen, den Hebesatz von 445 vom Hundert um 18 Punkte auf 463 vom Hundert zu erhöhen, ist es in Zeiten der Krise absolut kontraproduktiv, die Unternehmen auch noch mit höheren Steuern zu belasten. Ich bin daher froh, dass alle den Rat tragenden Fraktionen diesen Antrag ohne große Diskussionen abgelehnt haben. Gerade im Hinblick auf das Campus-Projekt wäre eine Steuererhöhung ein fatales Signal für ansiedlungswillige Unternehmen.

Für uns Liberale aber ist klar: die konjunkturbedingt weggebrochenen Gewerbesteuereinnahmen beweisen, dass diese Achterbahnsteuer nicht planungssicher ist und gerade dann, wenn Konjunkturreinbrüche stattfinden, vor Ort das Problem verschärfen. Deswegen mein Hinweis an dieser Stelle: wir müssen endlich zu einer dauerhaften und planbaren Finanzierung der Kommunen kommen.

Aber, meine Damen und Herren, das ist nicht der einzige Schuh, der uns drückt. Die Soziallasten sind natürlich auch massiv angestiegen. Hier sind die KdU, also die Kosten der Unterkunft, ganz vorne zu nennen. Es geht aber auch um die Grundsicherung für die älteren Menschen, um die Eingliederungshilfe für die Behinderten und nicht zuletzt, wie anfänglich dargelegt, um den U 3-Ausbau.

Wir dürfen uns in Aachen daher in keinem Fall von dem beirren lassen, was man beispielsweise von der Ruhr hört. Die Duisburger Grünen haben dort auf ihre Homepage gestellt, dass sie erst einmal gar nichts machen werden. Erst muss das Land kommen und helfen. Dort macht man es wie in Oberhausen, die machen auch nichts. Sie verweigern die Beschlüsse, die notwendig sind, um einen Konsolidierungspfad zu erreichen.

Wir brauchen in Aachen einen Masterplan für die Konsolidierung unseres städtischen Haushalts. Dies bedeutet einen breiten Diskurs quer über die Fraktionen und Parteien mit den Destinatoren, den Vereinen und Verbänden in den Bereichen Sport, Kultur und Soziales, die gewohnt sind, dass wir sie unterstützen, und mit der Bürgerschaft vereinbaren. Das geht nicht mit einem Ratsbeschluss, der morgen auf den Tisch geknallt wird. Das ist noch kein Masterplan. Das kann vielmehr nur der Einstieg sein, ein allererster Schritt in die richtige Richtung. Selbstverständlich ist dieser Schritt völlig unpopulär, aber der einzig richtige. Sparen ist eine Tugend, die mehr und mehr vergessen wird heutzutage.

Viele hier im Ratssaal gucken jetzt sehr skeptisch: Helg, was redest du da?

Ich will ihnen nur die Augen öffnen und versuchen, Sie zu motivieren. Wir brauchen in Aachen diesen Masterplan über alle Parteien hinweg. Das heißt: wir müssen finanzpolitisch die Hose runterlassen. Wir, die Politik, müssen die Verwaltung auffordern, schonungslos deutlich zu machen, wie es aussieht und mit welchen Maßnahmen wir den Konsolidierungspfad erreichen können. Das ist eine traurige Veranstaltung. Aber ohne diese Wahrheit und Klarheit wird ein Einstieg überhaupt nicht möglich.

Hannelore Kraft, die Kandidatin der SPD für das Amt des Ministerpräsidenten in Nordrhein-Westfalen, erklärte vor einigen Wochen, das SPD-Präsidium wolle einen Rettungsschirm in Höhe von 2 Mrd. Euro für die Kommunen in NRW aufspannen.

Fassen Sie einmal einem nackten Mann in die Tasche! Das gilt für die Kommunen, das gilt für die Verbände, also den Landschaftsverband Rheinland und den Landschaftsverband Westfalen und das gilt ebenso für das Land und den Bund. Für eine Weiterverteilung ist also nichts da.

Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen eine grundlegende Gemeindefinanzreform, in der eine verlässliche Finanzierung der kommunalen Aufgaben geregelt wird und bei der insbesondere das Subsidiaritätsprinzip und Konnexitätsprinzip nicht nur irgendwo in den Paragraphen stehen, sondern auch tatsächlich Beachtung finden. Das heißt, bei jeder Aufgabe, die den Kommunen vom Bund oder vom Land zusätzlich auferlegt

werden, ist nach unserer Auffassung gleichzeitig klarzustellen, wie diese Aufgabe finanziert werden soll.

Auf der anderen Seite kann ich aber auch nicht verhehlen, dass es mich ärgert, wenn die Diskussion gegenüber dem Bürger als Steuerzahler, nicht immer offen und ehrlich geführt wird; denn, wenn von den wegbrechenden Steuereinnahmen die Rede ist, muss der Bürger den Eindruck haben, dass die Gemeinden viel weniger Steuereinnahmen als in den Jahren zuvor haben. Das versteht der Bürger sicherlich unter wegbrechenden Steuereinnahmen. Nicht gesagt wird ihm aber, dass selbst im Jahr 2009, also im Jahr der Finanzkrise, die Kommunen in Nordrhein-Westfalen immer noch die vierthöchsten Steuereinnahmen aller Zeiten hatten, nämlich etwa 2 Mrd. Euro mehr als noch im Jahr 2005. Erwähnt wird auch nicht, dass das Land im Jahr 2010 die zweithöchsten Schlüsselzuweisungen zahlen wird. Lassen sie mich dazu noch am Rande anmerken: in der Bundesrepublik haben wir 2009 insgesamt immer noch die dritthöchsten Steuereinnahmen aller Zeiten gehabt. Die Steuereinnahmen waren im Jahr 2009 in ganz Deutschland, also bei allen drei Ebenen Bund, Länder und Kommunen, immer noch 80 Mrd. Euro höher als im Jahr 2005. Ich glaube, landauf und landab wird manchmal, aus welchen Gründen auch immer, gegenüber dem Bürger, ein falscher Eindruck erweckt.

Die Liberalen, wie beispielsweise auch der Bund der Steuerzahler oder die Industrie- und Handelskammer haben bereits mehrfach und seit vielen Jahren die Abschaffung der Gewerbesteuer und als Ersatz eine höhere Beteiligung an der Umsatzsteuer sowie ein zusätzliches Hebesatzrecht für die Kommunen auf die Einkommensteuer gefordert.

Union und FDP in Berlin nehmen daher jetzt trotz teilweise massiven Widerstands der Kommunen einen neuen Anlauf, die Gewerbesteuer abzuschaffen und durch andere Einnahmequellen zu ersetzen. Die von der schwarz-gelben Koalition eingesetzte Kommission zur Neuordnung der Gemeindefinanzen soll prüfen, wie die Gewerbesteuer aufkommensneutral – also ohne finanzielle Einbußen für Städte und Gemeinden – ersetzt werden kann. So haben es Union und FDP auch in ihrem Koalitionsvertrag Ende Oktober vereinbart. In der Beschlussvorlage für das



Bundeskabinett vom Februar heißt es, das kommunale Finanzsystem weise Schwächen auf. Mit den Mitteln des zweiten Konjunkturpaketes seien finanzielle Engpässe kurzfristig überbrückt worden. Zitat: „Gleichwohl ist es erforderlich, sich grundlegend mit dem System der Gemeindefinanzierung zu befassen.“ Zitatende. Bei dem Ersatz der Gewerbesteuer habe die Kommission auf die „Vermeidung von Aufkommen- und Lastenverschiebungen insbesondere zwischen dem Bund auf der einen und Ländern und Kommunen auf der anderen Seite zu achten.“

Nochmals, das Jahr 2009 hat gezeigt, dass die Gewerbesteuer konjunkturanfällig ist. Angesichts der allgemeinen wirtschaftlichen Lage wurde das voraussichtliche Jahresergebnis 2009 von circa 140 Mio. Euro Gewerbesteuereinnahmen auch für 2010 mit etwa 138 Mio. Euro festgeschrieben.

Die Umsatzsteuer ist im Gegensatz zur Gewerbesteuer bisher immer noch, selbst im Jahr der Krise 2009, gestiegen. Stellen wir uns also alle einmal vor, wie es uns in Aachen jetzt ginge, wenn wir an ihr mit einem höheren Prozentsatz als bisher als Ausgleich für den Wegfall der Gewerbesteuer beteiligt wären.

Aber wie war es tatsächlich? Ab 2002 begannen die Gewerbesteuereinnahmen wieder kräftig zu sprudeln. Das haben wir alle natürlich gerne mitgenommen, dabei allerdings vergessen, dass sich die Gewerbesteuer doch früher schon einmal als sehr konjunkturanfällig dargestellt hat. Wir sind immer noch für eine Abschaffung der Gewerbesteuer und einen Ersatz durch einen erheblich gestiegenen Anteil an der Umsatzsteuer und einen etwas höheren Anteil an der Einkommensteuer, die übrigens auch fast ständig gewachsen ist. Ferner steht auch ein höherer Anteil an der Körperschaftssteuer zur Disposition, deren Steuersatz man eventuell wieder erhöhen könnte, wenn die Gewerbesteuer wegfiel. Darüber muss man reden, denn ich glaube, es wäre eine verlässlichere Einnahmequelle für die Kommunen. Soweit zu meinen grundsätzlichen Anmerkungen.

Eine intensivere kommunale Zusammenarbeit erscheint uns Liberalen auch im Bereich der kommunalen Ämter und Fachbereiche denkbar. Für den Bürger zählt in erster Linie die Leistung, nicht aber so sehr, ob er sie von der einen Kommune

alleine oder in einer für ihn positiven, nämlich entlastenden Zusammenarbeit bekommen hat. Beispielhaft für ganz Nordrhein-Westfalen gilt hier der neu gegründete Städteverbund, unsere StädteRegion Aachen. Hier wollen wir durch eine intensive Zusammenarbeit der Stadt Aachen mit den Gemeinden des ehemaligen Kreises Steuergelder in Millionenhöhe einsparen.

Geht es aber gemeinsam auch wirklich besser?

Herr Oberbürgermeister, meine lieben Ratskolleginnen und Ratskollegen,

wir Aachener haben im Vorfeld der Gründung der StädteRegion immer wieder betont, dass die StädteRegion nur dann ein Erfolg wird, wenn man den Aachener Bürgern die Sorge nimmt, dass die Stadt im Zuge dieser Entwicklung als zehnte Gemeinde des Kreises einverleibt wird.

Leider ist auch das Verhältnis zwischen der Stadt und der Städtereion – abgesehen von den bisher weit verfehlten Synergieeffekten – nicht mehr so harmonisch wie zum Zeitpunkt der Gründung im letzten Herbst. Gestern konnten wir alle in den Aachener Nachrichten nachlesen, dass Sie Herr Oberbürgermeister ihre führenden Mitarbeiter in der jüngsten Leistungskonferenz im Haus Löwenstein ermuntert haben, sich von der StädteRegion nichts gefallen zu lassen und sich gegen jegliche unzulässige Einflussnahme durch die StädteRegion verwehren.

Wenn Sie, Herr Oberbürgermeister, in der Tat gegen Anfänge einer feindlichen Übernahme ankämpfen müssen, haben Sie die FDP-Fraktion im Rat der Stadt Aachen voll auf Ihrer Seite. Wir Liberale werden die Kreisfreiheit der Stadt nicht zur Disposition stellen lassen. Das soll nicht heißen, dass wir die StädteRegion nicht mehr wollen, nicht mehr unterstützen oder nicht mehr mit ihr zusammenarbeiten wollen. Nur: beide kommunalen Körperschaften haben ihre eigenen, gesetzlich festgeschriebenen und nicht interpretationsfähigen Zuständigkeiten. Wenn Sie, Herr Oberbürgermeister, also in Ihrem Positionspapier ausführen: „Die Städtereionsverwaltung ist im Rahmen der ihr übertragenen Aufgaben auch für die Bürgerinnen und Bürger und das Gebiet Aachens zuständig. In allen anderen Fragen – und das schließt ausdrücklich und ausnahmslos auch alle neuen Aufgaben ein –

sind die Souveränität, Selbstverwaltung und Selbstvertretung der kreisfreien Stadt Aachen uneingeschränkt. Externe Einflussnahmen auf unsere Entscheidungen oder gar unser Verhalten kann und darf es da nicht geben“, sind dies auf der Grundlage des Aachen-Gesetzes und auch der darüber hinaus geschlossenen Verträge Selbstverständlichkeiten. Wir sind Ihnen jedoch sehr dankbar, Herr Oberbürgermeister, dass Sie mit diesen klaren Worten die Dinge noch einmal geradegerückt haben.

Wenn der Aachener Oberbürgermeister für seine Stadt gesetzlich festgeschriebene Rechte reklamiert, ist es nicht nur unklug, sondern auch historisch falsch, darauf mit dem Hinweis zu antworten, Aachen sei auch nur eine von zehn Städten und Gemeinden in der StädteRegion. Dem widerspricht nicht nur das Aachen-Gesetz, sondern auch die kulturelle und wirtschaftliche Funktion der Stadt als Oberzentrum.

Alle Kommunen der StädteRegion sollten ein großes Interesse daran haben, das Oberzentrum zu stärken, denn was dieses leistet, kommt allen zugute. Es scheint dagegen noch nicht allen in der Verwaltung der StädteRegion klar zu sein, dass die Kommunalaufsicht über Aachen nicht dem StädteRegionsrat, sondern dem Regierungspräsidenten in Köln obliegt. Die Stadt Aachen mit ihrer 600-jährigen Geschichte als freie Reichsstadt war niemals abhängig von einer anderen kommunalen Behörde, außerdem hätte es ohne die Garantie der Kreisfreiheit für Aachen die StädteRegion niemals gegeben!

Wenn aber in mehreren Vorlagen der StädteRegion ausgeführt wird, ich zitiere jetzt wortwörtlich: „Der StädteRegionsrat und die VK der StädteRegion sind der Auffassung, dass die kommunale Gebietsbürgerschaft StädteRegion Aachen auf der Basis des Aachen-Gesetzes und der Kreisordnung NRW das Recht haben, Selbstverwaltungsaufgaben im Gesamtbereich der zehn regionsangehörigen Kommunen wahrzunehmen“, dokumentiert die StädteRegion, dass sie gerade nicht bereit ist, einen Unterschied zwischen der kreisfreien Stadt mit ihren höheren Selbstverwaltungsrechten und den früher kreisangehörigen Kommunen zu machen.

Das werden wir als liberale Ratsfraktion nicht akzeptieren und unsere Schwesterfraktion im StädteRegionsrat, die im übrigen als einzige Fraktion paritätisch 3:3 mit Vertretern aus Stadt und ehemaligem Kreis vertreten ist, steht da ganz auf unserer Seite.

Die neue Schwarz-Grüne Mehrheit hat als Parole für die Haushaltsplanberatungen 2010 „Sparen und Bewahren“ ausgegeben. Wenn also über Jahre gewachsene Strukturen in den Bereichen Bildung, Jugend, Soziales, Kultur und Sport erhalten bleiben sollen, so findet dies die Unterstützung der Opposition, auch der FDP-Fraktion.

Wir dürfen jedoch nicht die Augen vor den in Zukunft anstehenden Problemen verschliessen. Dass die Zahl der jährlich zusätzlichen Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren von 150 auf 100 gekürzt wird, habe ich bereits anfangs kritisiert. Wir begrüßen dagegen, dass Einschnitte in der Route Charlemagne vorgenommen werden, beispielsweise die Stationen Haus Löwenstein und St. Paul gestrichen werden. Wir Liberale sind jedoch der Ansicht, dass auch das teure archäologische Fenster im Elisengarten gestrichen werden muss. Hier ist die Mehrheit jedoch anderer Ansicht. Auch die schienengebundene Campusbahn sieht die FDP-Fraktion sehr kritisch. Abgesehen von den Kosten, passt eine Bahn einfach nicht ins Aachener Stadt- und Straßenbild.

Die allgemeine Diskussion über mögliche Einsparungen nach dem heutigen Satzungsbeschluss steht uns jedoch noch bevor. Auch uns Liberalen ist bewusst, dass auch die Stadt Aachen die Krise aus eigener Kraft kaum bewältigen kann. Dennoch hat auch der OB bereits weitere Einsparpotentiale von 10 Mio. Euro ausgemacht: diese müssen Verwaltung und Politik im Sommer genauestens prüfen.

Nach der Landtagswahl am 9. Mai müssen wir hiermit beginnen.

Die FDP in Aachen steht wie in Düsseldorf und Berlin für eine generationengerechte Haushaltsführung. Viele Generationen nach uns werden noch für Zinsen und Tilgung des vor allem von Rot-Grünen Regierungen zu verantwortenden Schuldenbergs aufkommen müssen. Im Land NRW haben beispielsweise die Vorgängerregierungen

einen Schuldenberg von 113 Mrd. Euro aufgetürmt. Damit geht jeder zehnte Euro auf der Ausgabenseite des Haushalts an die Banken.

Das Markenzeichen der von der FDP mitgetragenen Koalition in den vergangenen Jahren war daher eine massive Begrenzung der jährlichen Neuverschuldung und eine Konsolidierung des Landeshaushalts. Zum ersten Mal hat Haushaltskonsolidierung darüber hinaus den Status eines eigenständigen politischen Zieles in der Landespolitik erhalten. Zur Finanzierung des letzten Rot-Grünen Haushalts in NRW 2005 waren noch 6,7 Mrd. Euro neue Schulden notwendig. In der Regierungsverantwortung von Union und FDP wurde die Neuverschuldung bereits 2006 mit 3,2 Mrd. Euro mehr als halbiert, 2007 wurde sie auf 1,9 Mrd. Euro, 2008 auf 1,1 Mrd. Euro nochmals deutlich weiter abgesenkt.

Dies nenne ich eine vorausschauende, transparente und vorsorgende Haushaltsführung!

Mit dem Gesetz zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung hat die Landesregierung das System der Kommunalverfassung fortentwickelt. Darüberhinaus wurde mit dem Aachen-Gesetz nicht nur die Voraussetzung zur Bildung der StädteRegion Aachen, sondern auch allgemein die Grundlage für zeitgemäße interkommunale Zusammenschlüsse geschaffen.

Vor allen anderen Bundesländern wurde in den Städten, Gemeinden und Kreisen Nordrhein-Westfalens zum 1. Januar 2009 flächendeckend das „Neue Kommunale Finanzmanagement (NKF)“ eingeführt.

Es führt zu mehr Wirtschaftlichkeit und Effektivität, mehr Transparenz und Bürgernähe.

Eine Einheitsschule, wie sie SPD, Grüne und Linke in NRW fordern, lehnt die FDP, auch in Aachen weiterhin ab. So haben wir im letzten Jahr als einzige Ratsfraktion für den Erhalt dreier leistungsstarker Schulen im Aachener Ostviertel gekämpft, als auf deren Kosten eine vierte Gesamtschule geplant wurde. Dies konnten wir glücklicherweise verhindern. Mit uns wird es kein Einheitsschulsystem geben, in dem

das einzelne Kind mit seinen spezifischen Begabungen nicht mehr gefördert werden kann.

Das Schulsystem in NRW hat seit Regierungsantritt von CDU und FDP in den letzten 5 Jahren eine kontinuierliche qualitative Stärkung erfahren. Unserem Ziel, in NRW die besten Schulen Deutschlands zu haben, sind wir ein großes Stück näher gekommen.

Seit der Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahre 2005 sind an öffentlichen Schulen und Ersatzschulen 8124 zusätzliche Lehrerstellen gegen den Unterrichtsausfall, für den Ausbau der Ganztagsangebote und für die individuelle Förderung der Kinder geschaffen worden. Damit wurde das Wahlversprechen von 8000 neuen Lehrerstellen sogar noch übertroffen. SPD und Grüne dagegen hatten im Jahr 2004 beschlossen, 16000 Lehrerstellen bis 2013 abzubauen.

Mit der Ganztagsoffensive wurden die Ganztagsangebote an den nordrhein-westfälischen Schulen massiv ausgebaut. Während SPD und Grüne allen weiterführenden Schulen außer den Gesamtschulen den Ganztagsausbau verweigert haben, verfügt inzwischen nahezu jede der 671 Hauptschulen in NRW über ein Ganztagsangebot. Allein in den Jahren 2009/2010 baut NRW insgesamt 216 Gymnasien und Realschulen zu Ganztagschulen aus. Weitere sollen in den nächsten Jahren folgen. Den Anteil der offenen Ganztagsgrundschulen haben wir im Vergleich zu Rot-Grün von 20 % auf 80 % der gegenwärtig 3223 Grundschulen in NRW gesteigert. Der Unterrichtsausfall an den Schulen des Landes wurde in nur einer Legislaturperiode von 4,5 % auf 2,3 % halbiert, damit sind landesweit 2 Mio. Schulstunden weniger ausgefallen.

Der Haushalt für Schule und Weiterbildung wurde für 2005 um 2 Mrd. Euro erhöht. Das entspricht einer Steigerung von 16,5%. Im Schuljahr 2009/2010 werden pro Schüler fast 1000 Euro mehr ausgegeben als vor dem Regierungswechsel.

Diese Zahlen im Bereich des wichtigsten Themas, der Bildung, zeigen auf, wie – auch in Zeiten knapper Kassen – mit richtiger Schwerpunktsetzung Mißstände beseitigt werden können.

Dies sollte uns für die Zukunft ein Beispiel sein! Wir alle müssen ernsthaft gewillt sein, den städtischen Haushalt in den nächsten Jahren wieder auf sicheren Grund zu stellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen Ihre geschätzte Aufmerksamkeit!